

Marxismus

## Ein Gespenst geht um in Amerika

Die Vereinigten Staaten driften in eine verschärfte Klassengesellschaft. Das Ergebnis? Die jungen Intellektuellen lesen wieder Karl Marx.

Von Caspar Shaller

13. März 2014,

Aus der

ZEIT Nr. 12/2014

Sie will einfach nicht kommen, diese Revolution. Jedenfalls nicht in den USA. Schon der deutsche Soziologe Werner Sombart zerbrach sich darüber den Kopf und fragte irritiert: "Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?" Denn das Ausbleiben einer kommunistischen Revolution im Kernland des Kapitalismus sprach Karl Marx Hohn. Der hatte prophezeit, der hoch entwickelte Kapitalismus der USA werde sich so weit zuspitzen, bis dort eine Arbeiterklasse entstehe, die ihre historische Aufgabe wahrnehme und in Amerika vor allen anderen Ländern an die Macht komme. Passiert ist nicht viel.

Dabei ist der Grund für Marx' Fehlanalyse einfach: Aufgrund des Mangels an Arbeitskräften hatten amerikanische Arbeiter im 19. Jahrhundert eine außergewöhnliche Verhandlungsmacht, die sich in hohen Löhnen niederschlug und damit auch in Lebensumständen, die diejenigen europäischer Arbeiter weit übertrafen. Amerikaner mussten einfach nicht revoltieren, sie hatten es schon ziemlich gut. Zur Weißglut trieb Sozialisten auch, dass sich die USA so egalitär gaben, so ganz ohne feudale Strukturen und Klassen. Friedrich Engels notierte angewidert, Amerikaner seien geborene Konservative und auch noch stolz darauf. Antonio Gramsci erkannte im amerikanischen Ideal der Meritokratie gar eine eigene Ideologie, die totale Hegemonie bürgerlicher Werte, neben der für Sozialismus kein Platz sei. Dazu beigetragen hat auch der grassierende Rassismus. Noch in den sechziger Jahren ließen sich mit ihm marxistische Intellektuelle, die die Rassentrennung bekämpften, und Gewerkschaften der weißen Arbeiterschicht auseinanderbringen. Diese Zersplitterung rächte sich in einem politischen System, das aufgrund des herrschenden Mehrheitswahlrechtes und der schier GröÙe des Landes kleine Parteien benachteiligte. Den Todesstoß versetzten dem amerikanischen Sozialismus die Repressalien der beiden Red Scares (Roten Ängste), als sich die Angst vor dem Kommunismus zur Massenhysterie steigerte. Nach der bolschewistischen Revolution und dann verstärkt in den 1950er Jahren, unter der Ägide McCarthys, wurden echte und vermeintliche Kommunisten aus allen gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Positionen vertrieben. Damit war die Frage eines amerikanischen Sozialismus für fast 100 Jahre vom Tisch.

Doch heute stellt sie sich so dringend wie noch nie. Die relative Prosperität der (weißen) Unterschicht löst sich gerade auf. Jahrzehnte sinkender Löhne, der massive Abbau staatlicher Leistungen und die große Rezession haben den Mythos des meritokratischen Amerikas angekratzt. Falls Amerika keine Klassengesellschaft war – heute ist es bestimmt eine. Anhänger des historischen Materialismus dürfen sich freuen: Es scheint sich tatsächlich eine neue Ära der Arbeitskonflikte anzubahnen. Die Angestellten des öffentlichen Dienstes haben sich in mehreren Staaten mit Massenprotesten und zivilem Ungehorsam gegen erneute Sparübungen der lokalen Behörden gewehrt. Die Arbeiter des Billigdiscounters Wal-Mart und der Fast-Food-Industrie haben das Land mit einer Welle von Streiks ungekannten Ausmaßes überzogen. Sie fordern eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Dollar (12 Euro). Dass diese Bewegungen nicht nur

Ausdruck einer zunehmend "progressiven" Bevölkerung sind, wie es im amerikanischen Politjargon heißt, zeigt die Wahl von Kshama Sawant.

### **Nach dem NSA-Skandal ist das Vertrauen in Obama erschüttert**

Die 41-jährige indische Einwanderin wurde im Herbst in der Westküstenstadt Seattle in die Stadtregierung gewählt. Das wäre nicht weiter aufsehenerregend – wäre Sawant nicht Mitglied der Partei "Sozialistische Alternative". Denn Sawant ist tatsächlich eine der wenigen Sozialisten, die seit dem Ersten Weltkrieg in ein öffentliches Amt gewählt wurden. Sie bezichtigt den Flugzeughersteller Boeing, den größten Arbeitgeber der Region, schon mal des "wirtschaftlichen Terrorismus" und setzt sich vehement für die Einführung eines kommunalen Stundenlohns von 15 Dollar pro Stunde, ein verschärftes Mietrecht und eine Reichensteuer ein. Als Boeing damit drohte, aus der Stadt abzuziehen, erinnerte die Ökonomin Sawant daran, dass man die Manager nicht brauche, Produktionsmittel gehörten ohnehin in die Hände der Arbeiterschaft.

Das sind im kapitalismusfreundlichen Amerika ganz neue Töne. Selbst die bürgerliche Hegemonie wankt, die Gramsci unterstellt hatte. 2011 stellte das renommierte Umfrageinstitut Pew erstmals fest, dass die Kohorte der 18- bis 29-Jährigen (die sogenannten Millennials) inzwischen dem Begriff "*Sozialismus*" mehr abgewinnen kann als dem Begriff "*Kapitalismus*". Die Onlinezeitung Daily Beast prophezeite daraufhin die Entstehung einer neuen politischen Generation, **die deutlich linker sei als vorhergehende, gerade in Abgrenzung zu bisherigen Demokraten**, die noch immer Ronald Reagans Liberalismus teilen: weniger Staat, mehr Business.

### **Millennials schlagen auf der politischen Skala weit nach links aus**

Selbst nach der Finanzkrise sind die Demokraten noch stärker mit Bankern verhandelt als mit Gewerkschaftern – Wall Street statt Main Street. Während die ideologische Rechte den Markt radikal liberalisieren will, setzt die gemäßigte Linke dem in den Augen vieler Amerikaner nur kosmetische Reförmchen entgegen. Doch die Generation, die nach 2000 ins Arbeitsleben eintrat, hat laut Daily Beast "*entsetzliche Erfahrungen*" mit den von Reagan und Clinton entfesselten Märkten gemacht. College-Abgänger schieben den größten Schuldenberg der Geschichte vor sich her – Schulden, die sie aufgenommen haben, um sich Ausbildungen zu finanzieren, die sich nicht mehr lohnen, wenn es keine Jobs gibt oder nur katastrophal bezahlte. Während zwischen 1989 und 2000 die Durchschnittslöhne für Uni-Absolventen um elf Prozent zulegten, schrumpften sie von 2000 bis 2012 wieder um acht Prozent. Die sogenannten Millennials sind heute deutlich ärmer, als ihre Eltern es im selben Alter waren. Der American Way of Life, Freiheit, Eigenverantwortung, sozialer Aufstieg durch harte Arbeit, wirkt nach der Finanzkrise nur noch wie ein grausamer Scherz.

Diese junge Generation hatte ihre ganze Hoffnung auf Barack Obama gesetzt. Doch seine Haltung zur NSA, der Bruch seines Wahlkampfversprechens, Guantánamo zu schließen, und die mangelnde Wiederregulierung des Finanzsektors veranlassen viele junge Amerikaner, sich angewidert von der Mainstream-Linken abzuwenden. Und auch der alte Trick, verschiedene ethnische Gruppen gegeneinander auszuspielen, wird bei dieser Generation schwer, so sind unter 30-Jährige allen Umfragen zufolge deutlich weniger rassistisch und aufgeschlossener gegenüber der Einwanderung als ihre älteren Mitbürger.

Die wirtschaftliche Bedrängnis, in die sie geraten sind, und ihre Immunität gegenüber rechtem Populismus erklären, warum Millennials auf der politischen Skala so weit nach links ausschlagen. Doch dass sie gleich den Marxismus wieder ausgraben, war nicht vorauszusehen. Den intellektuellen Überbau liefert eine Reihe von Magazinen, die in den letzten Jahren gegründet

wurden oder zu einem schärferen Profil gefunden haben. Prominent firmiert dabei das von der New York Times gefeierte Intellektuellenblatt **n+1**. Das Blatt hat sich in den letzten Jahren vom intellektuellen Hipster-Flaggschiff zu einem linken politischen Magazin gewandelt. "Man muss nicht Karl Marx sein, um zu sehen, dass Leute aus ihren Häusern geschmissen werden", begründet Keith Gessen, Herausgeber des Heftes, den politischen Gesinnungswandel einer ganzen Generation.

### **Mit Popkultur und Neomarxismus gegen den Mainstream**

Neben **n+1** etabliert sich gerade eine Reihe weiterer Magazine, deren politische Haltung weit links der Mitte zu suchen ist. Das in den 1950ern von den Sozialisten Norman Mailer und Irving Howe gegründete Magazin „**Dissent**“ hat eine Verjüngungskur hinter sich, heute sind alle Festangestellten in ihren Zwanzigern, was sich deutlich auf den Stil und die Themenauswahl auswirkt. So widmet sich das Blatt vermehrt Themen der Popkultur und unterfüttert diese mit scharfer marxistischer Analyse. So wird auch vermeintlich Banalem Politisches abgewonnen. Der 2013 meistgelesene Essay auf der Internetseite von Dissent hieß Cockblocked by Redistribution – "Von der Umverteilung ausgestochen". Die Autorin Katie M. Baker widmet sich darin einer erfolgreichen Serie von Reiseführern mit Titeln wie Bang Ukraine oder Bang Colombia, die Tipps geben, wie man Frauen in verschiedenen Ländern am besten flachlegt. Besonders ausführlich beschäftigt sie das Buch „*Don't Bang Denmark*“, dessen Autor in dem skandinavischen Land so wenig Erfolg hatte, dass er zu einer sexistisch gefärbten Attacke auf dessen Sozialsystem ansetzte.

Baker analysierte die Schmähschrift mit Nancy Holmstroms Marxistischer Theorie der Natur der Frau, um aufzuzeigen, wie materielle Umstände Frauen vor billiger Anmache schützen. Baker schreibt sonst beim erfolgreichen Onlineportal Gawker für das Frauen-Ressort Jezebel. Dass sogar Kommentatoren aus Mainstream-Medien sich verstärkt mit Karl Marx auseinandersetzen, zeigt, wie sich die intellektuelle Landschaft der USA verändert.

Die Kombination von intellektuellen Debatten über die Zukunft des Marxismus mit Popthemen und dezidiert jugendlicher Sprache zeichnen eine Bewegung aus, die sich von Althergebrachtem entfernt – ebenso vom politischen Mainstream wie vom traditionellen Sozialismus. Vorreiter dieses Stiles ist das Magazin The Jacobin, das 2009 von Bhaskar Sunkara in New York gegründet wurde – mit 21 Jahren. Sunkara schrieb zuvor für Dissent und Vice, die Stilbibel des globalen Hipstertums. Die Verbindung von Neomarxismus mit dem ironisch popfixierten Stil von Vice hat durchschlagenden Erfolg: Mit 5000 Abonnenten generiert die Internetseite von The Jacobin 250 000 Aufrufe pro Monat und wird von Kolumnisten des Guardian und der New York Times zitiert. Das Heft wird seinem namensgebenden Vorbild aus der Französischen Revolution gerecht. Es bricht reihenweise mit Traditionen der Rechten wie der Linken. So schlachtet es auch die heilige Kuh der amerikanischen Politik: „*Burn the Constitution*“ lautet der Titel eines sehr ernst gemeinten Essays, das die politische Kultur des Landes von ebenjenen bourgeoisen Fesseln befreien will, die schon Engels als so typisch amerikanisch beschrieb. Ein anderer Essay rechnet mit stalinistischen Theoretikern und Apologeten zentralistischer Planwirtschaft ab und befreit den Sozialismus so von seinen Gespenstern.

Der Essay heißt „*Zombie Marx*“. Die jungen Intellektuellen Amerikas machen sich bereit, dem untoten Marxismus wieder Leben einzuhauchen. Das wichtigste Buch der Bewegung erscheint im März bei Verso und auf Deutsch voraussichtlich im September bei Suhrkamp. Die Geschichte seines Autors steht sinnbildlich für den Wandel, den junge amerikanische Intellektuelle hinter sich haben. Als Benjamin Kunkel seinen Erstling „*Indecision*“ veröffentlichte und **n+1** mitbegründete, wurde er zur Stimme einer neuen Generation ausgerufen – einer Generation von gelangweilten, plan- und ziellos durchs Leben stolpernden Großstadthipstern. Doch Kunkel hat ein Ziel gefunden: die Überwindung des Kapitalismus. In seinem Buch setzt er sich mit wichtigen

modernen Denkern des Marxismus wie Frederic Jameson oder David Harvey auseinander, es soll eine Skizze sein für die Demontage des Kapitalismus und das Leben danach. Es formuliert schon im Titel das neue Lebensgefühl junger amerikanischer Intellektueller: Utopia or Bust – "*Utopie oder Untergang*".